

## ENTMACHTUNG DER MACHT, ENTPOLITISIERUNG DES POLITISCHEN. ZUR SPEZIFISCHEN PARADOXIE DER MACHT.

### **Probleme der Systemtheorie moderner Macht**

Eine Soziologie der Macht, die eine systemtheoretische Beschreibung der Konstitution eines Systems der Macht als sozialen Subsystems der Politik versucht, stellt sich rasch vor neuartige Problematiken. In der Tat, die Ausdifferenzierung, Medialisierung, Kodierung, Schließung, Reflexivwerdung und Entparadoxierung des politischen Systems lassen sich, wenn sie analog zu ähnlichen Prozessen und Veränderungen in anderen Systemen durchgeführt werden, nur bis zu einem gewissen Punkt beschreiben. Macht bietet einer Theorie der Gesellschaft widerständige Aspekte. Diese lassen sich nicht mit den geläufigen Paradoxie-Figuren der Theorie auffangen. Die Paradoxie der Macht ist etwas anders gelagert als die anderer Funktionssysteme. Im folgenden möchte ich zeigen, inwiefern diese Andersgelagertheit der Politik und ihres Paradoxes zu einer Diskontinuität im Vollzuge der systemisch-funktionalen Ausdifferenzierung des Politischen führt und von der theoretischen Rekonstruktion dieses Prozesses die Erkennung und Markierung neuer Zäsuren fordert.

Meine These ist nämlich, dass die Macht der Politik sich nicht kontinuierlich wandelt, um in die Gestalt moderner – ausdifferenzierter, reflexiv geschlossener – Macht einzumünden. Was moderne Macht ist, ist keineswegs eindeutig. Die Ausdifferenzierung der Macht erfolgt in einem zweiseitigen Prozess, an dessen Ende eine in ihrem Grundsinn veränderte Gestalt von Macht und Politik steht. Die modernisierenden Wandlungen der Macht liegen nicht auf einer Linie, sondern zeigen an einer Stelle ein Abheben von der sie bisher tragenden Struktur. Eine solche Diskontinuität ist ganz untypisch für die Ausdifferenzierung der anderen funktionalen Systeme. Während eine starke Analogie zwischen diesen gerade im Hinblick auf das Bündel von Prozessen, das ihre Wandlung zu selbstreferenziellen Systemen der modernen Gesellschaft ausmacht, besteht, muss die Rekonstruktion dieser Prozesse für das System der Politik, das Macht zum Medium hat, die Homomorphie, allgemeine Gleichsinnigkeit und Konvergenz der Abläufe in Frage stellen. Die Analogie hört da auf, wo moderne Macht im Kontext einer auf kognitive und normative Kontingenz vollends umgestellte Gesellschaft nicht mehr fortgeschrieben werden kann.

Infragestellung der Konvergenz, Brechung der Analogie, Heraushebung der eigentümlichen Wandlungen und spezifischen Paradoxierungen der Macht laufen vorerst nicht auf eine Revision der von Luhmann vorgeschlagenen Konzepten von der Umstellung prämoderner Gesellschaften auf die funktionale Differenzierung moderner sozialer Kommunikation hinaus<sup>1</sup>. Diese Konzepte stehen nicht im Mittelpunkt meiner Überlegungen. Insofern wird die Diskussion der Thesen, die zur Beantwortung der Frage: "Was ist moderne Macht" in Fortsetzung der Luhmannschen Konzepte ausformuliert werden, sich nicht ganz immanent zur supponierten Theorie bewegen. Hätte ich vorgehabt, die Luhmann'schen Konzepte zu diskutieren, dann wäre es mir primär um Vertiefungen und Umstellungen von Leitbegriffen der Theorie gegangen.

Ich habe an anderer Stelle versucht, solche Vertiefungen insbesondere zur Theorie der symbolisch generalisierten Medien der Kommunikation beizubringen<sup>2</sup>. Diese Versuche haben mich ziemlich weit in der Aneignung und Kritik dieser Konzepte geführt. Ich habe die Überzeugung gewonnen, dass der Ansatz einer solchen Medientheorie, wie er von Parsons gemacht und von Luhmann weitergeführt wird, nicht nur nicht stichhaltig ist, sondern dass dessen Nicht-Stichhaltigkeit gerade seinen Reiz und seine Fruchtbarkeit ausmacht. Es scheint mir in der Tat, dass diese Theorie beides verlangt: ein Festhalten an der Abstraktion der Theoriebildung, die sich an die Maxima von Generalisierbarkeit und Reflexivwerdung der Begriffe heranhebt; ein Absetzen der jeweiligen Medien von einander entlang ihren spezifischen Artikulationen in eigentümlichen Strukturen der Sinnprägung und spezifischen Syntaxen des Handelns. Was letztlich die Theorie verlangt, ist also die Öffnung einer Werkstatt zu ihrer Neugründung und Entwicklung.

Besonders reizvoll, aber auch tückisch, an ihr ist die Metaphorisierbarkeit ihrer Begriffe, ja ihres allgemeinen Diskurses. Da – außer dem Geld – keins der Medien, um die es in der Theorie geht, eine substanzhafte Grundlage hat, ist nicht leicht ersichtlich, ob Medien incorporalia darstellen, die logisch und ontologisch "Subjekte" sind; oder ob sie eher abstrakte Attribute, substantivierte Kerne sozialer Semantiken, bloße Abstrakta, symbolische Verhärtungen ausmachen, um die sich die soziale Kommunikation entlang funktionalen Gesichtspunkten sammelt.

---

<sup>1</sup> Letztlich ist eine solche Revision nötig, bleibt aber nicht machbar im Rahmen meines Beitrags.

<sup>2</sup> Clam 2003.

Während das Geld ein "token", ein Ding gewordenen Medium ist, und damit eine Ordnung für sich der Zirkulabilität (der Setzbarkeit in Umlauf) stiftet, haben die anderen Medien ganz andere Umlaufformen und unterscheiden sich sehr stark in Bezug auf diese<sup>3</sup>. Die Grundmetapher des Mediums baut ursprünglich und letztlich auf der Figur des *metaxy* als Dazwischen, das den Durchgang, das Durchlaufen der Strecke zwischen Ausgangs- und Anlangepunkt ermöglicht. Eine solche Grundmetapher verwandelt sich rasch zur äußerst flexiblen Metapher der Zirkulation. Dies tut sie durch fließende Übergänge der Figur: über eine Veranschaulichung oder Versinnlichung des *metaxy* zu etwas Elementarischem wie Luft oder Wasser, das die sinnliche Erreichbarkeit der Dinge bedingt und das Zustandekommen der Operation erlaubt, wie in der Wahrnehmungslehre des Aristoteles zum Beispiel<sup>4</sup>. Dank dem Reichtum seiner Metaphorik kippt Medium in vielerlei Richtungen um: vom Element des Durchlaufs wird es selber zum Umlaufenden; vom allgemein, meistens unkörperlich Umlaufenden wird es zum tokenisierten (körperlich verkleinerten, verdichteten) Symbol des Umlaufenden oder der umlaufenden Werte selbst<sup>5</sup>. Es ist sehr schwierig, die vielfältigen Aspekte der Zirkulation und ihrer Metaphorik auseinander zu halten – ich habe hier nur auf einige dieser Aspekte aufmerksam gemacht. Die Theorie symbolisch generalisierter Medien der Kommunikation vermengt sie mit Begeisterung: der Sog der theoretischen Heuresis beflügelt sie, sie wird in Atem gehalten durch die Ergiebigkeit der ihr angedeihenden Konzepte.

Sollte meine Besprechung der Frage: "Was ist moderne Macht?" die Wege einschlagen, die zu den nötigen Vertiefungen der Theorie führen, müsste sie bei Anfangsfragen wie die folgenden ansetzen: Gibt es ein Medium "Macht"? Wie wird Macht medialisiert? Wie wird sie symbolisiert? Welches ist das Machtsymbol, das in Umlauf gesetzt wird? Was "vertritt" Macht in der sozialen Kommunikation oder welche ist die Repräsentanz von Macht darin? Wie stiftet diese die Sichtbarkeit, Handhabbarkeit der Macht? Ist Macht mit Vertrauen vergleichbar – sie bezeichnen beide eine immaterielle Qualität der Kommunikation, deren Symbolisierung ähnlich problematisch ist und deren Zirkulation in wichtigen Anteilen nicht formalisiert werden kann? Lässt sich Macht mit noch anderen Qualitäten der Kommunikation

---

<sup>3</sup> Zur Theorie des Mediums Geld und zu den strukturellen Unterschieden zu anderen Medien, siehe mein *Trajectoires de l'immatériel* (2004a, S. 34ff).

<sup>4</sup> Wie ausgeführt in seinen "psychologischen" Schriften (*De Anima, De sensu et sensato*).

<sup>5</sup> In meinem *Sciences du sens* habe ich eine allgemeine Medientheorie zu entwerfen versucht.

parallelisieren? Wie kann Macht generalisiert werden? Setzt dies eine Symbolisierung der Macht voraus? Wie vereinheitlicht sich Macht über die ganze Vielfalt der sozialen Situationen, Kontexte, Praktiken, um ein einheitliches Medium eines selbstreferenziellen Subsystems zu bilden? Ist prämoderne Macht fragmentär, während moderne diese Fragmentierung übersteht und sich als anonymes Abstraktum generalisiert? Ab wann wird Macht reflexiv? Ist Reflexivität der Macht wirklich ein Spezifikum moderner Machtausprägung<sup>6</sup>? Ist die Tatsache, dass Macht zum Aufbau von Macht dient, ein Definiens der Reflexivität von Macht - dann ließe sich nichts leichter erweisen als die Universalität solcher struktureller Züge des Phänomens? Ist das Paradox der Souveränität (als Selbstbindung unbeschränkter Macht) das Paradox moderner Macht – während dieses Paradox nirgends besser identifiziert und artikuliert als in der mittelalterlichen Theologie der göttlichen Allmacht? Sind Inflation und Deflation von Macht charakteristische Widerfahrnisse der medialisierten Form von Macht – während sie bei jeder Bereitstellung von Macht auftreten und damit als universelle, strukturelle Züge der Macht angesehen werden können<sup>7</sup>?

---

<sup>6</sup> Die Aufzählung der Fragen, die zu einer Neuformulierung der Theorie drängen, legt nahe, dass Medialisierung, Generalisierung, Symbolisierung, Zirkulabilität, Austauschbarkeit von Mediumquanten, Strukturmomente sind, die analytisch auseinandergehalten werden müssen. Auf solche Unterscheidungen kann hier nicht eingegangen werden: sie würden die gerade im Rahmen dieses Beitrags nicht anvisierte Revision der Theorie erfordern.

<sup>7</sup> Luhmanns erste systemtheoretische Untersuchung zum Machtphänomen (Luhmann 1975) vollzieht sich in diesem ungenauen Bereich, in dem Übergangslos strukturelle und typisch moderne Züge des Phänomens mit Hilfe einer allgemeinen Theorie beschrieben werden. Dies ist eine durchgängige Fragestellung, welche die Theorie-Entwicklung im allgemeinen bei Luhmann betrifft. Die Systemtheorie wird von Luhmann im Hinblick auf die Emergenz eines neuen Typs von Gegenständlichkeit entwickelt, der nur am de-ontologisierenden Leitfaden einer operativ gesetzten Differenz - statt einer substanzhaften Identität - fassbar wird. Die Fragen, die sich hier stellen, sind die nach dem "analytischen", bzw. "objektiven" Charakter solcher Gegenständlichkeiten. Solche Fragen müssten an sich vom Ansatz selbst einer sich selbst reflektierenden Systemtheorie antiquisiert werden: die Gegenstände entstehen mit der Theorie, die sie denkbar macht, und die Theorie entsteht umgekehrt auf dem Boden einer Konstruktionsweise der Gegenstände, die sie als Beobachtungsweise der Gegenstände möglich macht. Ein schwer abzuwehrender re-ontologisierender Denkwang bleibt jedoch bestehen. Er bedingt die Neigung, die Gegenstände als der mit ihnen korrelierenden Denkweise vorausexistierend anzusetzen. Solche Oszillationen zwischen De-ontologisierung und Re-ontologisierung geschehen an allen Enden und Stücken einer Theorie wie der Luhmann'schen: so zB. erweist sich die von Luhmann entwickelte Kommunikationstheorie als besonders geeignet für die Durchdringung einer nur über Operationen ablaufenden, ohne Subjekt (operator) und Objekt (operatum), ohne Handelnden (Täter) und ohne Gehandeltes (Inhalt) auskommenden Kommunikation ("nur die Kommunikation kann kommunizieren" (Luhmann 1995, S. 37)). Mit ihr ist aber gleichzeitig

Wie sich die Antwort auf solche Grundfragen ausfallen mag, eines bleibt klar: die Bildung theoretischer Konzepte, welche Macht in Analogie zu Geld als symbolisch generalisiertes Medium der Kommunikation konstruieren sollen, ist weit davon entfernt eine leichte Aufgabe zu sein. Es ist der ganze Grundriss einer Medientheorie fraglich, die sich als allgemeine Theorie der Medien sozialer Kommunikation entwirft. Dies hat Folgen für die Theorie der funktionalen Ausdifferenzierung sozialer Subsysteme, die als Theorie der Moderne und ihrer Emergenz auftritt. Die allgemeine Anlage der Medientheorie macht es in der Tat schwierig, die modernen Zäsuren so zu setzen, als ob sich die mediologische Dynamik erst mit der Ausdifferenzierung selbstreferenzieller Systeme – in unserem Kontext des selbstreferenziellen Systems der Politik – entfalten würde. Bei allen anderen Medien als dem Geld trifft man immer auf die Schwierigkeit, dass die Grenzen zwischen den prämodernen strukturellen Merkmalen des Mediums und den modernen-dynamischen nicht eindeutig zu ziehen sind.

Dies heißt bei weitem noch nicht, dass von einer solchen Ausdifferenzierung das Medium Macht unbetroffen bleibt. Ich meine im Gegenteil, dass die meisten Theoreme der Theorie symbolisch generalisierter Medien in Bezug auf Macht durchaus einen Grund in der Sache haben. Die Probleme, die aber an den Tag kommen, hängen mit der mangelnden Präzision der Theorie und der ausbleibenden Revision ihrer Grundbegriffe. Solange zentrale Phänomene wie die der Mediumbildung, der Medialisierung, der Symbolisierung, der Generalisierung, der Reflexivwerdung in ihrer Urfassung bei Parsons belassen und in der von Luhmann zu wenig

---

einen allgemeinen – genauer den bisher denkbar allgemeinsten – Begriff von Kommunikation gewonnen, der sich auf alle Phänomene intersubjektiver Sinnkonstruktion und -Mitteilung anwenden lassen muss. Das heißt: nicht nur auf moderne Kommunikation, sondern auch auf prämoderne, primitive und sonstige Kommunikation. Nun ist es aber so, dass erst moderne Kommunikation einen solchen Kommunikationsbegriff denkbar machen konnte. Dies heißt: die Selbstbeschreibung der Kommunikation im ontologischen Denkraum hantierte notgedrungen mit identitätlich-inhaltlichen Vorstellungen von wiederholbaren Vorgängen mit ausgemachten, ideell isolierbaren, erkennbaren und wieder erkennbaren Objekten, die zur Verfügung von sie konstituierenden, sich intersubjektiv austauschenden Bewusstseinen standen. Auch die spätere, mathematisierende Kommunikationstheorie änderte an diesem Grundmuster wenig: hier werden Informationen (Inhalte) von sie berufenden Subjekten gesendet, übertragen und empfangen; ihre Inhaltsidentität wird prinzipiell beibehalten, während Inflexionen oder Abstriche durch die Unreinheit oder Lärmbestelltheit des Übertragungskanals bedingt werden und prinzipiell rückerrechnet werden können. Der Wechsel zum neuen Paradigma einer nur differenzgestützten, nur-vollzugsmäßigen, subjekt- und objektlosen Kommunikation schafft einen Referenzrahmen, in den das alte Paradigma vollständig eingetaucht werden kann. Der neue Rahmen ist so viel breiter, dass er den alten mühelos umfassen kann. Dieser kann dann in ihm verschwinden.

behutsam angeeigneten Form übernommen werden, wird man zahlreichen Missverständnissen und Fehlkonzeptionen nicht entkommen können.

## **Der Zweischnitt der Auzdifferenzierung der Macht: polemische und entpolemisierte Politik**

Betrachtet man moderne Politik vom Anbruch der Neuzeit bis heute, dann fällt einem unschwer und ohne jedes theoretische Rüstzeug eine Art Wandlung der Politik und des Politischen auf, die sich seit Ende des zweiten Weltkrieges und drastischer noch seit dem Fall der Berliner Mauer vollzieht. Der historische Einschnitt, der von diesen "Abschlüssen" gesetzt wird, ist keineswegs unbeachtet geblieben: es fungiert wie eine Zäsur in der Geschichte der Menschheit, die entscheidend Neues bringt und das konkrete Leben der Menschen überall auf dem Planeten grundlegend verändert. Doch soziologisch betrachtet, lässt sich keine Strukturumstellung der Gesellschaft verzeichnen. Die seit der frühen Moderne laufenden Prozesse der funktionalen Differenzierung und des Heranreifens der ausdifferenzierten Systeme an ihre operative und autopoietische Schließung bleiben die maßgebenden. Die Wirtschaft erlebt mehrere "Revolutionen" ihrer Produktionsstruktur, das Medium der Wirtschaft, das Geld, entmaterialisiert sich bis zu einem Punkt, an dem es entkoppelt von jeglicher Deckung zu einem "reinen Zeichen" wird; das Recht beschleunigt seine Positivierung und stützt seine normativen Bestände immer mehr durch kognitive Plausibilitäten; Die Wissenschaft stellt von ewigen Wahrheiten, Gewissheit der Selbsterkenntnis und exakter Gesetzmäßigkeit des Weltlaufes, auf Falzifizierbarkeit und (Anders)Konstruierbarkeit ihrer Erkenntnisse um; die Kunst verlässt jegliche Fremdreferenz an Natur, Opportunität oder Sinnhaftigkeit, um sich selbst Thema, Konstruktionsprinzip und Kontingenzaufbau zu sein...<sup>8</sup> In diesen wie in allen anderen Systemen der Gesellschaft bleibt, trotz der gewaltigen Veränderungen und Beschleunigungen, die jeweils ziehende Dynamik am Werke<sup>9</sup>.

---

<sup>8</sup> Solche Aussagen komprimieren ganz zentrale Theoriestücke von Luhmanns Werk. Sie verweisen jede für sich auf die Theorie der Ausdifferenzierung jeweils eines gesellschaftlichen Subsystems mit seiner Stützung auf einem umlaufenden Medium. Zu verweisen wäre der Einfachheit halber auf die subsystemische Theorie des jeweiligen Bereichs sozialer Kommunikation, also auf Luhmann 1987, 1995, 19...

<sup>9</sup> Einschub evtl.: Vgl. Kontinuität, Diskontinuität in der Entwicklung der Medien zwischen Moderne und Spätmoderne.

Meine These ist, dass es mit der Macht eine andere Bewandnis hat. Die Gründe sind die folgenden:

Macht hört auf, Macht zu sein, wenn sie keine Beziehung zu Wille als Willkür, d.h. als unaufhellbarem Grund der Bestimmung des Machthabenden hat<sup>10</sup>.

Politik hört auf machtmmedierte, machtbasierte Politik zu sein, wenn sie keine Beziehung mehr zu einer Politisierung von wichtigen Bereichen der gesellschaftlichen Kommunikation hat. Dies heißt *a contrario*, dass Macht und Politik, wenn sie sich in dieser Weise motivieren, den Raum, in dem sie auftreten, als Raum eines Kampfes, als polemischen Raum strukturmäßig gestalten.

Die Polemie des Politischen versiegt, wenn sie sich nicht mehr von Affekten als thymischen Wallungen nähren kann. Dies koppelt sich an einem in unseren Gesellschaften sehr weit fortgeschrittenen Niedergang der emphatischen Kommunikation.

Die funktionale Ausdifferenzierung der Gesellschaft ist in ihren späten Stadien erst zu einer wirklichen Polykontexturalisierung der Kommunikation durchgedrungen. Der Haupteffekt

---

<sup>10</sup> Dies deckt sich mit Luhmanns Verständnis von Macht. "Macht zeigt sich an der Unerwartbarkeit der Entscheidung. Je stärker das Verhalten im übrigen reglementiert ist, desto größer wird die Macht dessen, der noch im Unsicheren zu entscheiden hat." (Luhmann, 1964 S. 188). Die Beziehung von Wille, Willkür und Macht auszuarbeiten würde einen anderen Rahmen erfordern. Die Willkürgegründetheit des Willens hat zuerst Duns Scotus (1639) weitgehend theoretisiert (siehe dazu Gilson (1952) und Hoeres (1962)). Seine Lehre mündet später in Kants Theorie der Selbstbestimmung (Autonomie) des Willens als Freiheit im Gegensatz zur Heteronomie aller anderen Formen der Bestimmung in der Natur sowie in den freiheitlich geminderten Formen menschlichen Handelns. Heteronom handelt ein verkörpertes Vernunftwesen wie der Mensch, wenn er die Einwirkung auf seinen Willen von nicht ausschließlich in diesem selbst geschöpften Motiven gewähren lässt, wie wenn er sich von sinnlichen (wie Lust und Vergnügen), oder von gefälligen moralischen Sollizitierungen (wie Lob, Ruhm) beeindruckt lässt. Die Lehre des Scotus ist kostbar zur Erschauung dieser Verhältnisse, weil sie mit großer Klarheit die Schwere der Ansprüche herausarbeitet, die an einer Philosophie des Willens als freien Willens gestellt werden müssen. Eine solche Willensphilosophie muss so weit gehen muss, dass ihr der Entwurf eines Verständnis von Willen geschieht, der nur, ausschließlich und ganz streng aus sich selbst heraus bestimmt. Der Willensbegriff wird somit abgründig: nur ein Willkürgrund am Grunde des Willens kann diesen vor der Heteronomie einer Bestimmung durch etwas anderes als es selbst bewahren. Letztlich bestimmt sich der Wille selbst, aber nicht im leeren Raum der Nicht-Bestimmtheit durch nichts anderes. Der Wille untersteht allen möglichen Anregungen, die ihn zum wollen drängen. Er ist aber gerade insofern frei, als er letztlich immer nur aus seinem Willkürgrunde selbst bestimmt. Es gibt also eine wesentliche, konstituierende Diskontinuität in der Willensbestimmung, die den Willen letztlich immer aus dem Schwund aller Anreize vor dem Schub des Grundlosen (der letzten eigenen Willkür) sich entscheiden lässt. Damit ist Wille immer letztlich grundlos, schwindelerregend enigmatisch.

dieser späten Reife der modernen Gesellschaft ist die Entpolitisierung der Gesellschaft in der Form einer Entpolemisierung der Politik als Entmachtung der Macht. Die heterarchische Gesellschaftsstruktur (ohne Zentrum und ohne Gipfel) ist erst damit vollendet worden.

Die Entmachtung (auch Entnachtung) der Macht – als Abbau ihres Willkürgrundes – vollzieht sich als Eintauchen der Politik in ein Zweitmedium, das des Rechts. Die Zweitkodierung der Politik durch Recht ist der allerentscheidende Vorgang. Vor ihm verblasen alle anderen Beiträge zur Entpolitisierung der Gesellschaft.

Die neuste Gestalt von Politik – die entpolemisierte Politik – lässt sich ausgehend von einigen Hauptzügen rekonstruieren:

- (a) ihrer durchgängigen Artikulation um eine Mitte, die die zentralen, alles politische Handeln tragenden gesellschaftlichen Konsense repräsentiert.
  - (b) der doxischen Struktur, die dies bedingt, und die mit den emphatischen, thymisch wallenden Glaubensüberzeugungen der Nicht-Mitte kontrastieren.
  - (c) ihren limitierten Einsätzen, die sich auf die Verteilung von monetären sozialen Produkten und Zugangsberechtigungen zu sozialen Nützlichkeiten beziehen;
  - (d) ihrem professionellen Personal, das seiner Bildung, Ausbildung und gesellschaftlichen Interessen nach, die Machtmediierung der Politik nicht mittragen kann.
- Insgesamt ergibt sich eine Umstellung von Machtgegründetheit der Politik auf rationale Arbitrierung von öffentlichen Wahlmöglichkeiten durch Politik - entlang vernünftigen Konsensen der Mitte.

Dies ist eine vorerst konstatierende Beschreibung der Vorgänge. Der Niedergang der Machtgegründetheit der Politik als Niedergang ihres polemischen Charakters ist kein Geheimnis geblieben. Es ist vor allem von intellektuellen Gruppen gespürt worden, die an den Kulminierungspunkten einer eisernen Moderne die Bewegung der Geschichte "über die Linie"<sup>11</sup> (der optimistischen Vernunfts- und Aufklärungsmythen) als Bewegung dessen, was damals schon den abendländischen Nihilismus genannt werden konnte, erlebten. Sie suchten nach Ausgängen, die notgedrungen anti-rationalistische und dezisionistische Züge annahmen. Für Denker wie Spengler, Scheler oder Weber<sup>12</sup>, unter vielen anderen, erschien der Raum kollektiver völkischer Existenz als Machtraum gestalthafter, essenzieller Selbstbehauptungen. Einzelne, geschichtlich und schicksalhaft verfasste Volkstümer (Hellenentum, Deutschtum

---

<sup>11</sup> Siehe Jünger 1958 und Heidegger 2004.

<sup>12</sup> Spengler (1923), Scheler (1926), Weber (1980).

(Germania), Franzosentum (Gallia)... konnten nur im Akte selbst solcher Behauptungen existieren. Ein solcher Raum war von den elementaren Härten des Lebens bestimmt und vertrug kein Nachlassen des Strebens nach Sein. Die Semantik einer solchen Beobachtung der Politik entfaltete sich von einem Kernkomplex aus als Semantik des Kampfes und der Schicksalsbestimmtheit kollektiven Daseins.

Der liberale Nationalstaat stellt die endgültige Befriedung der Widersprüche der Herrschaft im Inneren dar. Die Freiheiten von Einzelnen und Gruppen finden in ihm die durchaus unwahrscheinliche Formel ihrer Kompossibilität als gegenseitige Limitierung an Grenzen, die so gedacht wurden, dass die Freiheit des einen ihrem Ende da begegnet, wo die Freiheit des anderen anfängt. Die Formel eines solchen Staats ist eine intelligible Architektur eines Reiches der Zwecke. Das Zusammenbestehen einer Vielheit von Freiheiten ist nämlich nichts anderes als die Aufhebung eines in der Geschichte nie als aufhebbar gedachten Widerspruchs. Die Alternative von Herrschaft und Knechtschaft erschien in der Tat selbst als alternativlos. Ich habe die These vertreten<sup>13</sup>, dass erst die Intelligibilisierung des Raums selbst des Zusammenbestehens die unwahrscheinliche Versöhnung und Kompossibilisierung von sich gegenseitig radikal negierenden Willen oder Willkürfreiheiten von Individuen ermöglichte. Erst Kants praktische Philosophie und Rechtslehre bereiteten die Wege für eine solche Intelligibilisierung: sie phantomalisierte den sinnlichen Raum des Zusammenbestehens der Individuen, d.h. sie verwandelte ihn in ein bloßes Phantasma, das erst durch den Eintritt der ihn "natürlich" bewohnenden Vernunftwesen in eine positive Rechtsordnung seine ursprüngliche, Naturhaftigkeit ablegte und zu einem Raum intelligibler Verhältnisse wird. Das Phantasma des natürlichen Raumes (des Naturrechts) verliert seine Kontingenzen – der nativen Herrenlosigkeit von Sachen, der captio von Ressourcen, des Ausschlusses durch Erstbesitznahme, des Eignens (ohne Eigentumsordnung) – und fällt als leere Hülle einer Seinsweise, in der die Freiheit nicht zu sich selbst gekommen ist, sondern sich noch an Heterogenem der Außenwelt und ihrer Nützlichkeiten misst.

Kant (1956 und 1965) hatte in der Rechtslehre und dem späten Traktat zum ewigen Frieden den Grund für eine philosophische Vorschau auf eine Bewegung der Freiheit und des Rechts gelegt, welche die Ausweitung einer solchen Intelligibilisierung zum Gesamt des *globus terraqueus* vorsah. Der ganze sinnliche Raum des menschlichen Habitats sollte einer Phantomalisierung des Sinnlich-Natürlichen anheimfallen. Staaten selbst sollten als verfasste

---

<sup>13</sup> Clam 2004b.

Freiheitsordnungen in eine allumfassende Ordnung kollektiver Freiheiten eintreten und die Alternativlosigkeit der Herrschaft-Knechtschaft-Alternative auf dem ganzen Erdrund aufheben. Gerade dieser Schritt aber stieß auf die Machtrealität der Politik und scheiterte davor. Er scheiterte an der Nicht-Intelligibilisierbarkeit eines Raumes, den Kant kaum ahnen konnte: der sinnliche Raum des Zusammenbestehens kollektiver, völkischer Freiheiten und Knechtschaften ist nicht der physische Raum der Natur, sondern der geschickliche Raum der Geschichte. Dieser Raum ist beherrscht von axialen Knappheiten und unteilbaren Größen. Das bloße Bestehen in ihm benötigt Macht, Machterzeugung und Machtgebrauch. Es ist immer ein Bestehen-gegen und alle Grenzen in ihm sind scharf und schneidend. Ihm wohnt eine radikale, unabmilderbare Härte inne, die vom Denken und Handeln ausgehalten werden will. Alles Denken und Handeln, das sich nicht zu dieser Tatsache der Irreduktibilität der Machtgegründetheit der Politik als Nicht-Intelligibilisierbarkeit des Raumes der Geschichte stellt, erscheint dann als wohlmeinende Schwärmerei.

Dies schildert ein Stil des Denkens, das in Deutschland der zweiten Hälfte des 19. und der ersten des 20. Jahrhunderts eine gute Rezeptivität hatte. Es förderte die Entstehung eines Pathos der Entschlossenheit, der hier und dort romantische Züge annahm. Nach dem ersten Weltkrieg jedoch ergab sich die erste Gelegenheit einer allgemeinen Ernüchterung: der Raum der Geschichte schrumpfte – sowohl räumlich als auch geschichtlich – so sehr, dass nunmehr entschlossene Selbstbehauptungen mit einer sie als absurd erscheinen lassenden Destruktivität einhergehen müssen. Dieser erste post-polemische Abschnitt der Weltgeschichte oder der sich konstituierenden Weltgesellschaft begann mit der Invalidierung vieler Motive eines solchen Geschichtsdenkens. Das Drängen auf eine Neukodierung oder Zweitkodierung internationaler Politik durch Recht führte zu einem regen Institutionenbau und zur Prozeduralisierung – wenn nicht Kodifizierung – von typischen Konfliktlagen der internationalen Beziehungen. Die neuen Grundsätze, Institutionen, Regime und Prozeduren, wenn sie nicht von vornherein rechtlichen Charakter hatten, waren dazu bestimmt, Recht zu stiften und Regelungen mit rechtlicher Sanktion herbeizuführen, d.h. Regelungen, die in möglichst großer Unabhängigkeit von bestehenden Machtrealitäten gefunden werden sollten.

Dieser Niedergang der Machtmediierung der Politik im Internationalen koppelte sich mit einer Evolution des liberalen Nationalstaates in Richtung auf ein Rechts- und Sozialstaat, der soziologisch gesehen immer mehr weg vom disziplinierenden Stil einer an der Not der kollektiven Machterzeugung geschulten politischen Herrschaft, auf die Entfaltung der funktionalen Dynamiken der bürgerlichen Grundrechte hin bewegte. Solche Dynamiken

entfalten sich gerade, wenn die ausdifferenzierten Ordnungen moderner politischer Gemeinwesen sich gerade als substanzhafte Werteordnung sich immer mehr aushöhlen und immer klarer als äußerst intelligente Ordnungen der varietätssichernden Unordnung herausstellen. Die neue Gestalt von Demokratie, die damit einhergeht, übernimmt dann die vielen Risiken einer solchen Figur, die den lokal stark verankerten Individuen und Gruppen gegenüber sehr hohe Ansprüche an mentaler Mobilität und Aufnahmefähigkeit von Kontingenz stellt. Sie mutet ihnen eine weitgehende Ablösung von den herkömmlichen, materialen Bestandteilen ihrer normativen und kulturellen Identität zu. Eine solche Ablösung müsste ihnen dann erlauben, sich als Individuen oder Gruppen unter anderen in einem Staate zu verstehen, der an seiner Öffnung für hohe Kontingenz festhalten, sie sogar fördern und ausweiten muss.

Eine solche Entwicklung bedingt eine regelrechte Polykontextualisierung der Gesellschaft mit Dezentrierung der Politik und Sprengung von gesellschaftlichem Zentrum und Spitze in ihrem Bezug auf Macht und Herrschaft. Sie fördert - vor allem an ihren Anfängen - den Auftritt einer nostalgischen Kritik, die an Niedergangs-, Schicksals- und Entschlossenheitsmotive anknüpft. Solche Nostalgie wird immer weniger schwärmerisch und romantisch und immer bestimmter politisch. Sie nährt eine konservativ-revolutionäre Artikulation der Politik, die in Deutschland in Machtübernahme und Diktatur mündet.

Die Linie, die wir als Niedergang der Machtmediierung der Politik gezeichnet haben, nennt einige Strukturmomente einer solchen Entmachtungsbewegung. Wenn sie zu allererst die Beziehung von Macht und Wille als konstituierend bezeichnet, dann ist dies eine deskriptive Aussage. Sie schildert ferner, wie die Nostalgie der Macht als Kraft der Behauptung einer substanzhaften, identitätischen Ordnung der Ordnung inmitten eines bedrohlichen – sozusagen anankastischen – Geschichtsraumes eine Nostalgie der Neuergründung des Politischen in einem Willkürgrunde ist. Die Neutralität der Beschreibung der Entmachtung und der Entpolitisierung ist mehr als nur methodologisch und politisch geboten. Sie ergibt sich aus der Unmöglichkeit der Neubelebung jener abgelebten Form der Politik als Unmöglichkeit, unter den Bedingungen heutiger gesellschaftlicher Differenzierung, das Abebben der Emphase als Stimme und Ausspruch einer verborgenen Willkür, die den rechten Weg und die richtigen Winde weiß, rückgängig zu machen. Das Höchste, was politische und soziologische oder rechtstheoretische Diskurse in dieser Hinsicht erreichen können, ist eine Nostalgie der Nostalgie, nämlich der Nostalgie enthusiastischer politischer und rechtlicher Erkenntnis als Steigerung der Einsicht mit der Gefahr. Nichts kann über die Tatsache

hinwegtäuschen, dass eine solche Gestalt enthusiastischer Politik in unseren Gesellschaften nur eine residuelle Existenz führen kann, die sich nur in Anlehnung an Residuen der Nicht-Entzauberung der sozialen Welt erhalten kann<sup>14</sup>.

## **Differenzierung, Entdifferenzierung, Demokratie**

Eine nahe liegende Lektüre der (insbes. systemischen) Theorie gesellschaftlicher Differenzierung bringt die funktional differenzierende Ausgestaltung der Gesellschaft in Korrelation zu Heraufkunft, Etablierung und Verankerung der Demokratie in ihr. Entdifferenzierung wird dann notgedrungen negativ konnotiert als Rückfall in abgelebte Formen der Sozialität. Es ist ein Rückgang zu vormodernen Strukturierungsweisen, die nicht in der Lage sind, ein Varietätspotenzial zu entfalten, das mit der Komplexität moderner Kommunikation Schritt halten könnte<sup>15</sup>. Entdifferenzierung wird stets als eine Bedrohung aufgefasst, die gegen den Form-, Verfahrens- und Distributionsreichtum der Gesellschaft gerichtet ist<sup>16</sup>. Sie macht die Gesellschaft in jeder Hinsicht ärmer und stellt sie damit vor vielen Herausforderungen so sehr bloß, dass ihr nichts mehr übrig bleibt, als der Rückgriff auf drastische Regulierung, die sich auf grobe Simplifikationen stützen. Diese erlauben rasche Orientierung und durchgreifende Entscheidungen. Je näher eine Politie<sup>17</sup> an den Ausnahmezustand heranrückt, je größer wird die Versuchung sein, sich seiner zu bedienen, um die interne Komplexitätserzeugung – zur Reduzierung von (externer) Komplexität – zu stoppen<sup>18</sup>.

---

<sup>14</sup> Dies ist eine wichtige Klarstellung. Manche beschreibende Formulierungen könnten missverstanden werden, als ob die Machtentleerung der Politik eine Entartung dieser darstellte. Meine ganze Absicht ist gerade verständlich zu machen, weswegen die Vergegenwärtigung einer machtbetriebenen Politik – wie bei Carl Schmitt – keinen Sinn mehr machen kann.

<sup>15</sup> Siehe dazu Luhmann 1986 S. 186ff.

<sup>16</sup> Chris Thornhill (2006) hat eine dahingehende Interpretation von Demokratie geboten.

<sup>17</sup> Ich verstehe unter Politie den Aspekt von Gesellschaft, unter dem soziale Kommunikation kollektiv bindende Züge annimmt.

<sup>18</sup> Was Macht entmachtet, ist die Entpolitisierung des Politischen und die Zweitkodierung der Politik durch Recht. Macht hört damit auf, aus der Situation und dem Willkürgrunde eines sich mit der Gemeinschaft identifizierenden Führers gebraucht zu werden. Sie ist nicht mehr strukturell abenteuerlich. Bei denjenigen Denkern – wie Carl Schmitt –, die das Politische aus dem Ausnahmezustand denken, vollzieht sich Politik stets am Extrem von Drohung und Bedrohtheit und muss deswegen stets Macht mobilisieren zu Zwecken der Selbstbehauptung der Gemeinschaft als Zurückdrängung fremder Ansprüche und Selbstbehauptungen in einem Raum, der

Gegen Versuchungen der Entdifferenzierung dienen insbesondere die Menschenrechte als Garantie: sie blockieren die Möglichkeit der Regression, die sich aus zufälligen oder sonst wie motivierten Konstellationen ergeben könnte. Die Menschenrechte sind auf diese Weise eine Gegenfigur zu den von Luhmann angerissenen Komplexitätsblockern. Sie sorgen für ständige Irritation und Perturbation aller möglichen gesellschaftlichen Systeme und erhalten sie damit unter einem starken Komplexitätsbewältigungsdruck<sup>19</sup>.

Wenn man sich nun viele Gesellschaften unserer Moderne anschaut, dann kann man leicht feststellen, dass weit fortgeschrittene Differenzierung keineswegs immer mit dem Schwund aller autoritären, charismatischen oder machtorientierten Züge der Politik einhergeht. Demokratien können ein Maß an Politisierung oder an Machtmediierung der Politik beibehalten, der sie an einer völligen Umstellung auf Heterarchie hindert. Autoritäre Stile demokratischer Politik kommen mit einem sehr modernen Design von Gesellschaft aus, jedenfalls mit einem weit fortgeschritteneren als dem von Gesellschaften der peripheren Moderne. Solche demokratische Politikstile sind gekennzeichnet durch sehr breite populäre Zustimmung, die sich in demokratischen Wahlprozeduren erneuert, jedoch den Zug einer zu starken konsensuellen Trage der Politik und des sie gestaltenden Regimes an sich haben.

Charisma an der Spitze, Emphase des politischen Diskurses, Bereitschaft zu thymischer Resonanz an der Basis sind die Konstituentien einer solchen Adhäsion der politischen Macht zu einem Körper von Vielen und dem, was sie geschichtlich sammelt. Als Einheit wird dieser Körper vor die Situation, die Gegenwart gestellt. Solche Verkörperung der Macht, solches Körper-machen von Macht und Politik, von Macht und Erwartung der "Nation" zeichnet eine Form von Einigung und Einwilligung, die keineswegs Monopol diktatorischer Regime ist. Die Anfänge der V. Republik in Frankreich standen unter solchen Vorzeichen. Kennedys Präsidentschaft vollzog sich ebenfalls immer mehr in einer Einrahmung durch solche Einwilligungskonsense. Auch demokratische Konsense können von einer solchen Einwilligung in Machterzeugung und Ausübung durch eine besondere politische Spitze getragen werden, die in der Lage ist, ein emphatisches Moment des Politischen zu nähren und zu nutzen. George W. Bushs Präsidentschaft und die republikanische Dominanz im Kongress

---

an sich die Knappheit und Unteilbarkeit selbst aller Güter symbolisiert und das gleichberechtigte Zusammenbestehen von Selbstbehauptungen als unmöglich und widersinnig offenbart. Ein solches Denken verkennt die Entbehrlichkeit der Dramatisierung am Motiv des Ausnahmezustandes. Der ursprünglichste Zug an der Struktur der Politik ist deren Verbindung mit der Grundlosigkeit von Wille als Willkür.

<sup>19</sup> Siehe dazu Verschraegen 2003.

"bring power back in" in der amerikanischen Politik, und bestimmen dadurch eine Rückkehr zur Machtmediierung der Weltpolitik im allgemeinen. Ihre ist ein von Überzeugungen der Nicht-Mitte getragenes politisches Projekt, das mit Überantwortung der politischen Entscheidung an Willkürgründen der politischen Führung einhergeht. Das Emphatische steht dann für das Unaufhellbare der Entscheidung in der fordernden Situation. Die Richtigkeit (justesse) der Entscheidung wird der Spitze überantwortet und zugemutet, einer Spitze, die in größter Adhäsion zur aktuellen Forderung der Gemeinschaft steht, lebt und waltet.

Demokratische Strukturierung einer Politie scheint also nicht mit ihrer durchgängigen Entpolitisierung koextensiv zu sein. Hochdifferenzierte, hochmoderne Gesellschaften haben ausgesprochen politisierte Stile der Politik entwickelt, ohne sich einer Entdifferenzierung ihrer ausgebildeten und zur selbstreferenziellen Schließung gelangten polysystemischen Organisation zu unterziehen. Die Grenze zwischen machtbasierter Politik und ent-machteter Politik läuft nicht entlang dem Scheid zwischen demokratischer und undemokratischer Struktur, sondern entlang der Möglichkeit, wichtige Bereiche der sozialen Kommunikation mehr oder minder zu politisieren, d.h. in einem Verhältnis der Gebundenheit an oder der Indifferenz zur Politik zu halten. Politisierung, wollen wir setzen, ist eine Form residueller Nicht-Entzaubertheit der sozialen Welt.

In einem politisierten Rahmen gesellschaftlicher Kommunikation erscheint das Offene vor der Gesamtheit der Beteiligten an dieser Kommunikation als etwas, das sich einem ihm entgegenkommenden Willen bereithält. Die Zukunft wird angeeignet als etwas, in das hinein eine profilierte Bestimmung des von Vielen Gewünschten eingreift. Der Horizont der Zukunft wird nicht als gesteigerte Kontingenz aufgenommen, die von den sozialen Systemen herausgefordert und zur Steigerung der internen Komplexität genutzt wird. Die in ihm geborgene Kontingenz wird nicht den einzelnen Systemen und ihren Prozessierweisen überantwortet. Man unterstellt ihr eine vorgängige Beziehung zu Grundanliegen der Gesellschaft und unterwirft sie dem Anspruch auf sinnvolle Entsprechung zum gesellschaftlichen Vorgriff auf die Geschicke, den Körper, die Gestalt der Gesellschaft.

Politisiert wird soziale Kommunikation, wenn sie sich von der Möglichkeit und der Wirklichkeit eines Projekts der Gesellschaft für sich selbst leiten lässt. Ein "dessein" wird unterstellt, und wenn dieses keine konkrete Gestalt annimmt, weil keine Politiker da sind, die es artikulieren können, dann wird Politik mit der Idee eines solchen "dessein" gemacht. Dies heißt, dass Politik mit der Unterstellung seiner Möglichkeit gemacht wird. Fehlt es aber in der Politikgestaltung an einem solchen (Groß)Vorsatz, wird dann der Schluss gezogen, dass das

berufene politische Personal seine Hauptaufgabe nicht voll wahrnimmt. Das "dessein" ist Hauptanspruch der Politik und wer diesem nicht genügt, ist zur Übernahme nationaler Verantwortungen nicht fähig. Ihm würde das dazu legitimierende Format fehlen<sup>20</sup>.

In einem solchen Rahmen politischer Kultur (und dies ist eindeutig der französische Rahmen) gelingt es selten, die Entpolitisierung der sozialen Kommunikation so weit zu treiben, dass sich die Residualformen der Bezauberung durch Politik vollkommen resorbieren lassen. Die lebendigen Evidenzen kollektiver Existenz, die sichere Verankerung in einer überaus langen, selten erreichten historischen Kontinuität, die Festigkeit und Eindeutigkeit der Züge kollektiver Identität, all dies bedingt ein Bedürfnis der Vergewisserung der Zukunft über eine Fortschreibung der Vergangenheit. Man entwirft sich in die Zukunft mit Sicherheiten, die sie im voraus für festgelegte Identitäten bewohnbar machen. Nicht so also, als ob die Zukunft die sie zu Bewohnenden selber dahin zu verändern hätte, dass ihre identitätische Festlegung stark gemindert wird. Denn nur schwache, nicht substanzhafte Identitäten, Identitäten "ohne Eigenschaften"<sup>21</sup> sind in der Lage, die Zukunftsoffenheit und das Zukunftswachstum systemisch differenzierter Gesellschaften auszuhalten.

Die Entzauberung der Politik wird von der Steigerung der von der Zukunft her eindringenden, alles überflutenden Kontingenz gefordert. Eindringende Kontingenz benötigt eine ihr homologe soziale Aufnahmestruktur: diese braucht nicht alle politisierte Politik, allen Elan zur Entwerfung von Sinn und Bindung fahren zu lassen; sie muss jedoch politisierte Politik als Fassade, als Vorderspiel und Vordergesinnung walten lassen, als funktional förderndes Moment der Öffnung für Kontingenz. Politisierte Politik wird dann zur Ritualform von Politik, in der ein Maß an Sicherheit, an vergangenheitsorientierter Selbstvergewisserung geschöpft wird. Das "dessein" wird zum Instrument der Politik, die sich dann um so besser der Entpolitisierung hingeben kann.

Man könnte auf die Entwicklung hinweisen, die von den monarchischen, noch stark hierarchisch strukturierten Regimen des europäischen "âge classique" entlang einer Art evolutionären Pfads zu den demokratisch heterarchischen Politien unserer späten Moderne

---

<sup>20</sup> Die Nachfrage innerhalb der französischen Politik nach grand dessein ist eine Nachfrage nach Machterzeugung und Machtausübung durch einen grossen Zauberer, der eins mit der "France" ist, ihre Zusprüche wahrnimmt und weiß, wohin sie gelenkt werden will.

<sup>21</sup> Siehe mein "Une culture sans qualité" (Clam 1998).

führt. Damit könnte man zur Geltung bringen, dass Moderne nicht vollendet geboren wird, und dass ihr Prinzip der Differenzierung nicht vom ersten Moment an bündig geschlossene, autopoietisch operierende, reife Systeme liefert. Funktionale Differenzierung und demokratische, aber noch durch Autorität, Charisma und Macht bestimmte Politik erscheinen dann als gleichzeitig möglich. Demgegenüber ist aber festzuhalten, dass die Entwicklung insgesamt eindeutig bleibt: bei fortschreitender Differenzierung sind gerade und zu allererst die autoritären Züge solcher Politik zum Niedergang verurteilt. Machtmedierte, d.h. politisierte Politik muss im Rahmen funktional differenzierter Kommunikation von vorneherein als residuelles Moment gesehen werden. Das aufgeworfene Problem ist dann das dieser Fähigkeit der Politik, sich in einer noch ganze Bereiche der sozialen Kommunikation politisierenden Form residuell zu erhalten, während sie von der sich voll auswirkenden, auslebenden Differenzierung umwaltet wird. Mehr noch: politisierte Politik fördert – im Zwischritt der Transformation moderner Macht von einem alle Machtpotenziale in sich aufsaugenden Medium zu einer machtentbehrenden, machtbahnen Macht – die Grunddynamiken der Differenzierung. Durch Stützung prädiffenzieller politischer Selbstvergewisserung erleichtert sie das Wirken dieser Dynamiken. In einem gewissen Maße lässt sie sich, wie wir es angedeutet haben, von ihnen instrumentalisieren.

Man hat sich also eine Gradation in der Politisierung der Gesellschaft vorzustellen: denkbar ist eine weitgehende gegenseitige Insulierung von Gesellschaftsstruktur und (politisierter) Politik; an dem einen Extrem läge eine ziemlich weit fortgeschrittene Abgebautheit der Differenzierungsstrukturen durch sich frei entfaltende, ggfs. diktatorischer Machtpolitik; an dem anderen eine durchgängige Entpolitisierung der Politik, bzw. Entmachtung der Macht durch Abbau der Zentralität der Herrschaft als primärer Form der Bindung sozialer Prozesse<sup>22</sup>. Was im einen Falle von starker Politisierung der Politik typisch geschieht, ist, dass Organisationen der Politik, die als solche noch relativ streng ausdifferenziert sind, Einfluss auf andere Bereiche und Subsysteme sozialer Kommunikation nehmen. Parteien,

---

<sup>22</sup> Man könnte einwenden, dass es noch eine andere Form der Politisierung, die nicht mit einer Rehabilitierung der Machtmediertheit der Politik einhergeht, nämlich die von Bürgerinitiativen, Diskussionsrunden, vernunftgeleiteten Verständigungen geleiteten Restaurierungen der Politik. In der Tat, die Aktivität solcher Gruppen kennzeichnet einen Zustand intensiver Politisierung der Gesellschaft, der aber nicht mit einer zentralen Stellung von Macht, Zwingkraft und Herrschaft identisch ist. Hier versteht sich und wirkt sich Politisierung gerade als äußerste Entmachtung der machtmedierten Politik aus. Eine solche Re-politisierung setzt aber gerade den strukturellen Rahmen einer zu ende entpolitisierten Politik voraus. Sie ist nichts anderes als ein Ausfluss dieser.

Sicherheitsdienste, politisch markierte militärische Verbände, fangen an, Einfluss auf Vorgänge der Verwaltung, auf Investitionen der Wirtschaft, auf Zulassungen zu Lehr- und Forschungseinrichtungen der Wissenschaft, zu Aktivitäten der Kultur- und der Freizeit auszuüben. Dabei bleibt die trennende Strukturierung dieser Bereiche und Systeme formal erhalten. Im Falle der Entpolitisierung verliert Politik ein großes Maß ihrer ursprünglichen Intuitivität und der immanenten Drastik ihres Wirkens.

Gesehen von dieser Warte aus, welche Kompossibilität, gegenseitige Instrumentalisierbarkeit und Insulierbarkeit von moderner Politik und moderner Gesellschaftsstruktur offenbart, muss moderne Macht als Paradox erscheinen. Modernität ist Umstellung auf interne Differenzierung zu einem Aufbau von Komplexität, der ein Leben mit sehr hoher Kontingenz ermöglicht. Machtmedierte Politik ist hingegen eine Art Präemption von Kontingenz durch Fortsetzung nicht kontingenzieller Sinnentwürfe, die sich dadurch auszeichnen, dass sie politische Entscheidungen in unaufhellbaren Gründen (Willen, Willkürswillen, starken, unumstößlichen Überzeugungen) motivieren und kollektives Handeln in eine nach Vorbild stabilisierter Identitäten und Selbstverortungen vorstrukturierte Zukunft hineinprojizieren. Moderne Macht kann nur vor einer Ausdifferenzierung kapitulieren, die jeder Politisierung der sozialen Kommunikation dadurch entgegentritt, dass sie die tragende Kategorie des Politischen, nämlich die der Einheit der Gesellschaft als durch Herrschaft gegipfelter und zentrierter, außer Gebrauch und Relevanz setzt.

Meine These ist, dass der Prozess der Ausdifferenzierung in den letzten Phasen seiner bekannten Laufbahn das Politische als machtvermittelte Politisierung wichtiger Teile der sozialen Kommunikation so stark zurückgedrängt und residualisiert hat, dass es zu einem Bruch der Kontinuität mit der "modernen" Gestalt von Politik gekommen ist. Es rechtfertigt die Rede von einer machtabgewandten, entpolemisierten, entemphatisierten, entpolitisierten Form von Politik. Diese Form ist das Indiz schlechthin für die erste Vollendung der über Differenzierung erreichten Polykontexturalisierung und Heterarchisierung der Gesellschaft.

## **Doxa**

Die klassische Soziologie, vor allem die Weber'scher Prägung und in deren Gefolge die historische Machtsoziologie Michael Manns, identifiziert eine doxische Komponente der Macht. Der ideologische Faktor ist, in Manns Werk, einer von vier Faktoren der

Machtbildung<sup>23</sup>. Manche Ideologien sind besonders günstig für Machterzeugung: missionarisch-universalistische Religionen und Herrschaftsideologien. Machtentfaltung im Außenraum setzt die starke Ermächtigung eines Zentrums und eines Gipfels im Innenraum der betreffenden Politie. Macht hat somit zwei korrelierende Seiten: Machtaufbau im Inneren durch Einrichtung von Systemen der Machterzeugung und –mobilisierung; Machtausstrahlung nach Außen, sobald dieses Außen in einem machtmäßig asymmetrischen Verhältnis zu den aufgebauten Potenzialen im Inneren steht – und auf diese einen Saugeffekt ausübt.

Machtsoziologisch gesehen, kann Macht nicht erzeugt noch mobilisiert werden, wenn keine Gemeinsamkeit der Anschauungen, der Glaubensüberzeugungen und der Werte gegeben ist. Genauer: Macht wird umso wirksamer erzeugt, je stärker der ideologische Zusammenhalt der Mitglieder der Macht benötigten Gemeinschaft ist. Der Aufbau von Macht setzt in der Tat eine Art Kapitalisierung von Machtkomponenten voraus. Macht darf nicht an den Orten ihrer lokalen Erzeugung im sehr kleinen Maßstab zerrinnen. Ihre lokalen Beiträge müssen ohne Verlust zirkulieren. Die maßgebliche, nicht infrastrukturelle Bedingung für diese Bildung von Macht ist die gemeinsame Teilhabe der Teilnehmer an einer sie verbindenden Ideologie. Sie müssen einen profilierten Glauben teilen, der sie zu aktiver Beteiligung an kollektiven Handlungen anregt. Hinter jeder sozialen "Solidarität", jeder sozialen Integration oder Inklusion muss ein ideologisches Band Gemeinsamkeiten stiften, die zu einer wie auch immer gearteten Form kollektiver Bindung der Handlung befähigen. Parsons sah in diesem Körper von "beliefs" und "value commitments" ein selbständiges System der Kultur, das kein kollektives Handlungssystem entbehren kann. Keine Kohäsion des Ganzen einer Gesellschaft ist denkbar, ohne diese ideologische Grundlage, ohne dieses "sentiment unanime des croyants"<sup>24</sup>, das historischen Gemeinschaften ihre konkreten, meistens völkischen Züge verleihen.

Der deutsche Idealismus sah in dieser Gemeinsamkeit eine Art (animistischen) Prinzips der ideologischen Einheit: ein Volksgeist war die gestaltende Kraft hinter allen Manifestationen der Kultur (Religion, Sprache, Dichtung, Mythos, Sitte, Recht, Musik,...). Im Ganzen der

---

<sup>23</sup> Michael Mann (1986-1993) baut seine ganze Untersuchung über die Quellen sozialer Macht um die vierfache Wurzel aller solchen Macht. Die ideologische Komponente der Machterzeugung wird an erster Stelle gestellt und stark genug unterstrichen (1986, S. 22ff.

<sup>24</sup> Durkheim betont (1960, S. 596), dass die "croyances" sich erst in den Akten gemeinsamer heiliger Handlungen ihre soziale – an sich gesellschaftsstiftende – Wirkung entfalten.

"croyances" war ein Einheit stiftender Geist, der die Homomorphie der vielfältigen Erscheinungen einer Kultur begründete. Somit war mit den "croyances" ein assertorischer, affirmativer Zug gegeben, der sich eine Welt entwirft und sich in sie selbstbehauptend, machtentfaltend, mit Waffengebümel projiziert. Das Emphatische der Selbstbejahung der "croyances" ist nicht zu scheiden von der machtmäßigen Selbstbehauptung der Gemeinschaft.

Mit dem Ende der polemischen Moderne, sind Kulturen endgültig in die Selbstrelativierung und Selbstfolklorisierung getreten. Auch fundamentalistische Revitalisierungen, revivals von (nationalen, völkischen und selbst religiösen) Kulturen wissen um die Alterität der eigenen Kultur für andere. Solche Effekte der Spekularität waren im prämodernen und noch nicht zu Ende vollzogenen modernen Rahmen nicht denkbar. Mit der wachsenden Unmöglichkeit, den Anderen in einer schlichten Alterität zu belassen und vom ihm Widerfahrenden schlichtweg nicht betroffen zu sein, entsteht eine spezielle Struktur der Doxa, die das eigene Selbstverständnis in seiner Urwüchsigkeit, Unumwundenheit und Unangefochtenheit nicht mehr weiterträgt. Die neue doxische Struktur bezeichnet die in sich wieder eintretende Dimension der Überzeugung, die im Horizont einer durchgängigen Kontingenz von Wissen und Glauben erst zu sich als Überzeugung der Beobachterbedingtheit und Aufhebbarkeit aller Überzeugungen kommt<sup>25</sup>. Sie ist die offene Matrix für die Inklusion aller denkbaren Überzeugungen und kennzeichnenden Eigenschaften, solange sie sich in einer immer möglichen Suspendierung ihrer Geltung und ihres emphatischen "Appeal" halten können. Die neue Doxa ist ein nicht-assertorischer Raum, in dem sich geradewegs getätigte Behauptung und Affirmation erübrigen. Dies erklärt die Residualisierung der politischen Emphase und lässt die Erhaltung jeglicher starker politischer Assertorik als Zugeständnis an ein überliefertes Genre rhetorisch überakzentuierender Diskurse erscheinen.

Die doxischen Strukturen der demokratischen Politien unserer metapolemischen Moderne sind gekennzeichnet durch dieses Paradox der Rücknahme emphatischer Setzungen durch die emphatische Setzung solcher Rücknahme selbst. Während die doxische Struktur der polemischen Moderne sich noch auf der Möglichkeit, Notwendigkeit und Schicksalsgefordertheit emphatischer Selbstsetzungen gründete, sind heute nur Behauptungen der Nicht-Selbstbehauptungen möglich als Behauptung der Verwerfung aller rücksichtslosen

---

<sup>25</sup> Ganz eindrücklich ist diese Kontingenz einfach ausgelebt: in Einstellungen und Verhaltensweisen, die mit "coolen" Stilen der Selbstdarstellung einhergehen. Das Geschäft der Mode scheint sich darin zu erschöpfen, an der Popularisierung solcher Stile zu wirken.

Selbstpräferenz zugunsten einer einfühlenden, Selbst wie Anderes und Anderes wie Selbst setzenden Urbehauptung.

Der Zusammenbruch der grossen Ideologien als Meistererzählungen ist der Zusammenbruch ihrer Glaubbarkeit, d.h. der Struktur ihrer Doxa. Ein solcher Zusammenbruch ist Teil eines allgemeinen Verfalls aller emphatischen Diskurse. Solche sind Diskurse der Religion, der Politik, des polemischen Rechts. Denken wir an die Sonntagspredigt und die Urwüchsigkeit ihrer Emphase. Man kann sie sich schwer vorstellen bar aller thymisch-rhetorischen Effekte. Denken wir also an den Eindruck, den ein Plädoyer vor Gericht, eine politische Rede auf uns macht. Bei solche Auftritten ergibt sich unmittelbar eine Spaltung der Zuhörerschaft in zwei Publiken, das wir als Vorderpublikum und Hinterpublikum bezeichnen könnten. Das erste ist eins, das versucht, sich das Emphatische anzueignen und seiner Schwingung gefügig zu machen. Es versucht mit ihm zu schwingen. Das zweite schließt die Teilnahme am emphatischen Moment aus, hat aber Verständnis für den Gebrauch der Emphase als etwas Genre-Zugehöriges. Es nimmt den Redner nicht beim Wort und sieht in ihn jemanden, der sich einer Übung unterzieht, der man mehr oder minder geschickt, brilliant, genüge leistet. Man empfindet es zB. als besonders verdienstvoll, wenn sich moderne technokratische Eliten an so etwas versuchen und dabei gut abschneiden.

Eine solche Differenzierung der Zuhörerschaft erfolgt nicht nur entlang Linien, die Personenkreise, Zuhörertypen scheiden. Sie spielt sich auch innerhalb derselben Personen. Diese lassen zeitweilig ein Vorderselbst bei dem emphatisch-polemischen Moment des Diskurses mitmachen. Das Vorderselbst weiß sich von einem in zweiter Intention beobachtenden Selbst gedoppelt. Es unterdrückt das von diesem hervorgebrachten Gefühl der Fremdheit der Emphase, indem es sich sagt, sie sei diskurstypbedingt und hat insofern nicht die Verbindlichkeit, die von einer solche doxische Konstruktionen entbehrenden Redegattung fließen würde. Der politische Diskurs reproduziert eine seiner Sache letztlich fremd gewordene polemische Emphase, die daher nirgends mit einer realen Machterzeugung noch – anwendung korreliert.

Das Weiterbestehen eines Vorderpublikums erklärt sich aus Affektdispositionen, ja genauer einer Affektstruktur kollektiven Erlebens. Gesellschaften gründen anthropologisch ihre innere Bindung in einer besonderen Qualität des überalltäglichen Erlebens der Gesamtheit ihrer Mitglieder als Gesamtheit. Gesellschaften bilden Einheiten, nicht weil sie eine Anzahl von Individuen in Raum und Zeit sammeln und sie in mehr oder minder dichte Kooperationsbezüge und funktionale Interdependenzen stellen. Die Einheit der Gesellschaft

muss erfahren werden: dies leistet die Gesellschaft in identifikatorischen Prozessen und intensiven kollektiven Erlebnissen. Mit dem Wachstum der Gesellschaften zu ausgedehnten territorialen Gebilden, die ein persönliches oder wenigstens namhaft vermitteltes Bekanntsein der Mitglieder unter einander unmöglich machte, musste ein zeremonielles Zentrum die Aufgabe der Perpetuierung des sozialen Bandes durch symbolische und liturgische Veranstaltungen übernehmen.

In unseren Gesellschaften, deren bisher sehr starke nationale Verfasstheit heute im Niedergang begriffen ist, kommen identifikatorische Prozesse nicht mehr intensiv genug zum Zuge, so dass zB. das Deutschsein für viele Deutsche ein recht sekundäres Identifikationsmerkmal darstellt. Es ist vor allem nicht mehr thymisch-affektuell substantiiert und lässt die gesellschaftliche Eingliederung immer mehr an Eindeutigkeit und Stärke verlieren. Dies alles bedingt oft eine Nostalgie urtümlicher Eintauchungsgefühle in soziale *corpora*, an denen die doxische und identifikatorische Inhibiertheit spätmoderner Existenz verloren werden kann. Der Sport spielt hier mit seiner stellvertretenden Polemie, seiner agonalen Repräsentanz eine primordiale Rolle. Die Folklorisierung vieler Identifikatoren nationaler Kulturen kommt hinzu und ermöglicht eine prekäre Fortschreibung alter Muster unbeschwerten Selbstseins mit ihrer charakteristisch ungehemmten Selbstpräferenz.

Die Inszenierung doxischer Intensität spaltet also ihr Publikum sowohl *singulatim* als auch *per totum*. Gewisse soziale Kreise sind besonders empfänglich für emphatische Kommunikation. Diejenigen in der Halle zB., die true-believers der Parteikonvente, die immer begeisterten, donnernd klatschenden werden von den draußen gebliebenen als Vertreter einer Gattung gesehen, zu der man nicht von vornherein gehört. Sie sind diejenigen, die die natürliche Zurückhaltung und Neutralität fallen lassen und an einem inszenierten Moment emphatischer Kommunikation teilnehmen. Es sind "Gläubige", die bei Nicht-so-Gläubigen Befremden, und manchmal Unwohlsein hervorrufen, aber grundsätzlich auf der Folie einer Toleranz, die Emphase und Gläubigsein als Möglichkeit für gewisse Diskurse akzeptiert. Selbst ganz fremdartige "Glauben" werden wie Ausprägungen einer allkontingenten Alterität verstanden und oft mit "ethnologischer" Toleranz begegnet (wie bei der Ausstrahlung von Sonntagspredigten, Messen, Gewerkschaftsfesten, Parteikonventen,...).

Eine einzige Emphaseform scheint am allerwenigsten zu befremden, am allerwenigsten "Ungläubige" draußen zu lassen, am allerwenigsten die Teilhabe an ihr für eine Mehrheit als Unwahrscheinliches darzustellen: die dichotome Parteibildung um den sportlichen Agôn. Ist es, weil wir hier mit Agôn und nicht Polemos zu tun haben? Ist es, weil Agôn eine Form der

Repräsentation von Polemos bietet, die als solche die thymische Identifizierungsform vor den entzaubernden, entaffektualisierenden Kontingenzerungen rettet, und damit den Weg für eine unmäßige, weil einzig erlaubte, "lizeierte" Affektentladung offen hält?

Der Aufschwung des Sports und seiner Funktion als Repräsentanz für kollektive Identifikationen, die auf ihrem urwüchsigen Terrain, wenn sie vollends politisiert bleiben, nicht ungefährlich sind, erklärt sich gerade aus den allgemeinen Bedingungen der metapolemischen Moderne. Hier hat eine funktionale Stabilisierung die affektuelle als Hauptmodus der Strukturierung sozialer Kommunikation und des Ausdrucks ihrer Bindung abgelöst. Eine Systemisierung der großen Handlungszusammenhänge hat die Gesellschaft im Ganzen gründlich entpolemisiert. Der metapolemische Rahmen stellt die Knotung einer Anzahl von strukturellen Umwälzungen, die im Verbund eine Mutation der "human condition" bedingen: Hebung axialer Knappheiten (Information, Energie) durch die drastische Beherrschung von virtualisierenden, an die Gegebenheit von Wirklichem nicht mehr gebundenen Technologien; Verunmöglichung des Krieges durch die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen und die Entstehung eines Gleichgewichts des Schreckens; Veränderung der Basiskomponenten der Vergesellschaftung durch Erübrigung der zwangbasierten Herrschaft zum Zusammenhalt des sozialen Ganzen; Aufhebung aller nur lokalen Beobachtungs- und Handlungsweisen durch die Ubiquität planetarischer Beobachtung aller lokalen sozialen Systeme (der Politik, des Rechts, der Wirtschaft, der Erziehung, der Kunst...) einzelner Gesellschaften, mögen diese durch auch so starke kulturelle Distanz gekennzeichnet werden wie nur denkbar.

Unter diesen Bedingungen erscheint Politik, in ihrem strengen Sinne von machtmmediierter Politik, als etwas zu einer rein funktionalen Basis systemischen Funktionierens Hinzukommendes. Die Basisprozesse systemisierter Politik laufen diesseits jeder doxischen Betonung irgendwelcher selbstzentrierten Behauptungen. Sie erübrigen die starke doxische Asseritorik der alten politisierten und identitätischen Politik. Deren doxische Züge bleiben – wie wir es gesehen haben - formal erhalten als genre- und funktionszugehörige Bestandteile. Damit klärt sich die materielle Emotionsabgewandtheit metapolemischer Politik bei Erhalt eines formal affektbetonenden Gestus.

Auf die räumliche Szenerie sozialer Existenz entworfen, ergibt sich das folgende Bild: Der öffentliche Raum entleert sich seiner expressiven Komponenten, die ihn vormals dramaturgisch geschlossen inszenierten. Militärs, Priester, Krankenschwestern, Schüler, Lehrer, Bürger und Arbeiter waren in ihm als solche erkennbar und gaben in dieser ihrer

Erkennbarkeit die Bereitschaft kund, sich ihrer Berufe vollends zu "widmen" und in ihnen aufzugehen. Einzelne waren von ihren Ständen gekennzeichnet als jene von ihnen zu ihrer "Aufgabe" Erwählten. Diese Beschlagnahme und Aufgabe des Einzelnen durch seine gesellschaftliche "Berufung" ging nicht ohne doxische Asseritorik und thymisch wallende Bereitschaft zu schmerzlichem Selbstopfer.

Die Voraussetzungen einer solchen Verfassung des öffentlichen und politischen Raumes der polemischen Moderne kontrastieren mit den gerade genannten des metapolemischen Zeitalters der Politik. Im ersteren Raum haben Einsätze der Politik noch die Härte der axialen Knappheiten, die keine Beobachtungsweise virtualisiert. Die Not und der Ernst des Lebens sind noch voll gestaltend in der Existenz von Einzelnen und Gruppen wirksam. In einem solchen Raum ist die primordiale Aufgabe der Politik nicht die Teilung monetärer Produkte und sozialisierter Nützlichkeiten, sondern die herrschaftgestützte Durchsetzung von Disziplinierungen, welche die zur Selbstbehauptung des sozialen Ganzen nötige Macht erzeugen und kapitalisieren. Eine solche Ökonomie des Politischen geht, wie es von selbst einleuchtet, nicht ohne Rückgriff auf konstante und oftmals extreme thymische Mobilisierungen.

## **Fazit**

Mit dem Niedergang aller doxischen Profiliertheit der Überzeugung und des Handelns erlebt die Politik eine Art Bündelung ihrer möglichen Pfade um eine "Mitte". Die meisten politischen Projekte werden homomorph. Die Konsense werden übermächtig und es entsteht so etwas wie eine "pensée unique", die von der die Politik beobachtenden Intellektualität, insbesondere in Frankreich, als Tiefststand der Politik und Verlorensein ihrer an die Wirtschaft wahrgenommen wird. Nichts scheint ärgerlicher zu sein als die Einwilligung aller politischen Parteien von links wie von rechts in diese Selbstaufgabe des Denkens und die Fügung unter das Diktat der immer stärker finanzgesteuerten Ökonomie. Es schürt Gefühle der Rebellion und des Ausbrechenwollens aus einer an sich konstruierten Alternativlosigkeit. Und dennoch, das Denken, das an sich frei ist und der Inbegriff dessen, was durch keinen Zwang zu bändigen ist, scheint hier zu kapitulieren. Wie kann es sein, dass keine Denkimaginativität es schafft, den großen Grundsätzen der Ökonomik sowie den inzwischen

standardisierten Reformkursen der Wirtschaftspolitik eine Alternative zu erdenken und Wege ihrer Realisierung vorzuschlagen.

Es entwickelt sich eine Art viszeraler Ablehnung der "horreur économique"<sup>26</sup> als einer neuen zwingenden Herrschaftsform, welche die Politik auf die Regulierung von Produktions- und Distributionsprozessen reduziert und deren Entscheidungsfülle auf die Arbitrierung von stark verengten rationalen Wahlentscheidungen zurückschraubt. Immer schmerzlicher wird das Scheitern aller noch irgendwie voluntaristischen, den Systemzwängen abgewandten Politiken empfunden. Man kann nicht umhin, die Ökonomie als strukturierenden Hauptattraktor der Politik anzuerkennen. Worum es dann in letzterer geht, ist die Aushandlung von Kompromissen um die Teilung monetärer Produkte. Politik wird somit zum Raum einer durchgängigen Strukturierung von Krise als Nicht-Krise und von Nicht-Krise als Krise. Dies heißt: der neue Diskurs der Politik ist dann die mit regulierende und arbitrierende Instanz einer strukturell teilungsbezogenen Problematik, bei der es immer um einen auf fundamentalem Konsens ruhenden Abbau von Dissens geht. Der Dissens bezieht sich auf Einsätze, die als prinzipiell teilbar konstruiert werden. Die von ihrer Distribution eröffneten Krise wird als solche vom politischen Apparat gemanaged und auf nicht kritische Formate von Neuregulierungen und Reformen reduziert. Unter diesen Umständen werden aber dann alle sich als Dissense kristallisierenden Fluktuationen von Gruppeninteressen und Systemabläufen zu Krisen, die zu Nicht-Krisen herabgemanaged werden müssen. Dies ist ein struktureller Zug der entpolemisierten Politik unserer Gesellschaften.

Ein weiterer gewaltiger Attraktor heutiger Politik ist das, was man behelfsmäßig Mittelstand nennen muss. Sowie in der Gesellschaft *at large* das Selbstverständnis der großen Mehrheit mittelständisch geprägt ist, so sind alle Pfade politischer Meinungsbildung und Selbstbeschreibung um den Begriff und die Sache der Mitte gesammelt. Politik vollzieht sich im Zeichen einer verstärkten Anähnlichung aller an ihrem Prozess Beteiligten. Wer sich auf diesen Prozess einlässt, kann nicht umhin, seine Anschauungen, seine Ziele, sein Verhältnis zu Zeit und den von ihr bedingten Sequenzierung seiner Erwartungen an die Vernünftigkeit der Wahlentscheidungen der Mitte anzugleichen. Devianz ist dann gerade nicht Rebellion, sondern Inanspruchnahme der durch die Mitte selbst zur Verfügung gestellten Variation individuellen Seins vor dem Hintergrund des von der Mitte stark gefühlten Kontingenz der fluktuierend geltenden Sinn-, Wert- und Normentwürfe. Devianz von der Mitte selbst

---

<sup>26</sup> Dies ist der Titel eines Essays von Forrester (1996), das in Frankreichs der Wirtschaftskrisen Ende der 90er Jahre zum Bestseller wurde.

geschieht oft mit einer Mittegesinnung (centre-mindedness) der Suche nach noch authentischeren Entscheidungen und Positionen.

Eine so stark um breite Konsense und rational-technische Reduzierung ihrer Wahlmöglichkeiten kristallisierte Politik bringt ein spezifisches Personal hervor. Die Symbolik der Macht musste, solange Politik machtmédiert war, vom Machthabenden angeeignet und vorgestellt werden. Politik benötigte Charisma, Wortgewalt, militärische Ränge, Dienstrecords in autoritären Institutionen, etc. Dies kontrastiert mit dem heutigen Profil politischer Eliten. Diese tendieren in Europa immer stärker dazu, erudierte, d.h. abgeschliffene, Eliten zu sein. Es sind vor allem Leute, die an der "gestion de dossiers" geschult werden: Problemfindung, Problemdefinition und -analyse, Imagination von Problemlösungsdesigns, Kommunikation um den Problemprozess als Krise / Nicht-Krise. Gedrillt werden sie in argumentativer Vernunft, Organisationssteuerung, Orientierung an Recht. Sie haben ein Wissen um Steuerbarkeit / Nicht-Steuerbarkeit komplexer Systeme internalisiert. Ihr Wissen und Können beziehen sich auf Designs von Lösungen, die im systemischen Material skulptiert werden. Sie verfügen über eine große Erfahrung in der Aushandlung von kalkulationsbasierten Kompromissen, die von Machbarkeitsgesichtspunkten bestimmt und an Vernünftigkeit und Ausgewogenheit der Arbitrierung orientiert sind. Die Stäbe, die dieses Personal unterstützen, sind ähnlich gebildet. Der Machtwettbewerb bringt Vertreter dieses Typs von Personal in eine Arena, in der rhetorisch "gekämpft", aber im Grunde nur innerhalb eines Spektrums vernünftiger Wahlentscheidungen argumentiert wird.

Zeitgenössische politische Eliten in Europa unterstehen sehr starken Korrektheitsanforderungen. Sie müssen stets ihre Erudiertheit an den Tag legen und jede Unausgewogenheit von ihren Entscheidungen und Gesinnungen fernhalten. Ihnen bleibt nur noch eine Fallibilität offen, diejenige einer egotistischen Interessiertheit. Die politisch korrekten Ingenieure des Sozialen können sich nur diese Art von Inkorrektheit leisten. Im Gegensatz dazu erscheinen Politiker und Führer der polemischen Moderne, aber noch die der 50er Jahre des 20. Jahrhundert, von einem deutlich roheren Zuschnitt. Machtgewinnung und –ausübung war mit einer "Rudesse" verbunden, die wir heute nur noch bei den Wiederbeleber der Machtpolitik finden: bei einem Bush, einem Sharon, - und natürlich ganz ausgesprochen bei den Stäben, die eine solche Machtpolitik durchzuführen haben (wie denjenigen, die in den Partei-Reservoirs der doxischen Nicht-Mitte – der amerikanischen Republikaner zB. - geschöpft werden).

In einem Kontext, wo Politik durch Recht durchgängig kodiert wird, entsteht eine Struktur der Politik, in der die Motivierung zur Selektion von Handlungen und Handlungsweisen nicht mehr über Macht erfolgt. Wenn Recht Politik kodiert, können politische, das Medium Recht notwendig nutzende Selektionen, erst nach Durchlauf aller rechtmäßigen Instanzen der Rechtsfindungs- und Inkraftsetzungsprozeduren zu dem werden, was sie sind. Dies heißt, dass der politische Streit, genauer die das Politische strukturierende Polemie, auf das Gebiet des Rechts und der Rechtsbildung transponiert wird. Macht kann solchen politischen Selektionen nicht von sich aus zu Geltung verhelfen. Jeder kann an Macht appellieren, indem er an Recht appelliert. Machterzeugung und –gebrauch wird vollständig durch die Zweitkodierung durch Recht aufgesaugt.

Unter diesen Bedingungen kann es in der Politik nie mehr um Veränderung im Großen, um regelrechten Machtkampf und Durchsetzung von Machtansprüchen gehen. Die Konsense sind dafür zu dicht und breit gelagert; die Teilnehmer an der Auseinandersetzung wissen um die Grenzen ihrer Konfrontation sowie um die Enge ihrer Verhandlungsmargen, die weitgehend ausgenutzt werden, ohne dass das System der Machtteilung an Stabilität einbüßt. Keine mit welcher Vehemenz auch immer ausgetragene Auseinandersetzung vermag das System aus der Bahn seines kontinuierlichen, selbst confirmierenden, sich autopoietisch schließenden Funktionieren zu werfen. Die Protagonisten wissen, dass keine endgültigen, alles verändernden Ergebnisse erzielt werden können. Bei Verhandlungen um Teilungen bestimmter ökonomischer Produkte oder sozialer Leistungen kann es nur um marginale, inkrementelle oder dekrementelle Änderungen gehen. Hinzukommt, dass die Protagonisten komplementäre Rollen im System ausführen und damit auf einander angewiesen sind – bei bestehendem Interessengegensatz. Sie wissen um ihre Angewiesenheit aufeinander - Kapital kann ohne Arbeit nicht auskommen, Arbeit nicht ohne Kapital. Interessen, Positionen, Beobachtungsweisen sind ineinander verschränkt (es ist keine Hebung des Wohlstandes denkbar ohne relative Bereicherung der bis dahin schlechter Bestellten; es sind keine Kapitalmachtbegehrenden, die nicht an der Schonung der Kapitalmachtbesitzenden interessiert sind...). Eine solche Verschränkung der Interessen macht jede Gesamtumstrukturierung unwahrscheinlich.

Im Fluchtpunkt einer solchen Entwicklung, einem Punkt, an dem europäische Politik schon längst angelangt ist, steht die strukturelle Tendenz zur Einrichtung einer Hauptform politischer Entscheidungsfindung, die in allen Punkten einer rechtlichen gleicht. Die Politik konstruiert immer mehr ihre Probleme als Streitsachen, die Interessengruppen einander

entgegenstellen und deren Lösung im Recht, wenn nicht förmlich, so doch aus dem Geiste geltenden Rechts gefunden werden kann. Die wachsende Tendenz zur Entlastung der Politik um die Entscheidung schwerwiegender Fragen durch Einschaltung oberster Gerichte und die Nachfrage nach Verfassungsentscheidungen entspricht einer solchen Problemverschiebung. Darin kommen die Interessen zu einer argumentativen Artikulation, die stets an Recht angelehnt ist. Nach dem Modell einer gerichtlichen Ausgleichsfindung werden die Interessen und Diskurse konfrontiert; Expertisen werden eingeholt, die immer mehr historischen und soziologischen Beschreibungen der Zusammenhänge gleichen; oftmals werden interdisziplinäre Ethikkommissionen berufen, welche die Fälle auf die ethischen Verlegenheiten hin klären, welche die Entscheidungswilligen ratlos machen. Nach solcher Aufklärung kann der schwierige Weg zum Ausgleich entlang den verschiedensten zu tätigen Rücksichten, meistens nach Maßgabe von Rechtsleitsätzen der kommutativen und distributiven Justiz gefunden werden.

Die Zweitkodierung der Politik durch Recht kann so weit fortschreiten, dass die Politik sich nicht nur rechtsförmig prozeduralisiert, sondern ihre spezifische Mediierung weitgehend verliert. Doch zeigt näheres Zusehen, dass am Anfang des Rechts niemals nur wieder Recht vorausgesetzt wird. Jede politische, aber auch rechtliche Entscheidung nimmt am Rätsel der Entscheidung teil: sie kann niemals sich oder einen Zusammenhang rechtlicher Lagen, der sie motivieren würde, sich selbst vorangehen lassen. Vor dem Recht ist Gewalt: Gewalt ist die Folie, auf deren Grund überhaupt Recht zu seinem Sinn und seiner Wirklichkeit finden kann<sup>27</sup>. Recht kommt zu sich aus einem anfänglich immer vorauszusetzenden vorrechtlichen, rechtslosen Ursprung. Politik ist dem Recht strukturell vorausgelagert: sie ist in einem Gebiet angesiedelt, in dem Recht und Gewalt noch ungeschieden sind. Es ist dies die Geburtsstelle des Rechts aus der Gewalt, die es unmöglich macht, dass die Politik vollends in das Recht aufgesogen wird. Deswegen kann die Entpolitisierung der Politik nie so weit getrieben werden, dass alle Gewalt und alle Willkür in den Ausgleichen des Rechts sich restlos aufheben lassen. Bei einer Zweitkodierung der Politik durch Recht verschiebt sich die Problematik des Willkürgrundes der politischen Entscheidung von der Politik auf das Recht und nimmt die Form der Unmöglichkeit einer Autogenese des Rechts aus sich selbst an. Die Verlegenheit, welche die Paradoxie der Politik bedingt hat, kehrt im Recht wieder zurück.

---

<sup>27</sup> Zu diesem Gedankengang siehe Luhmann in Teubner 2000.

## Bibliographie

- Clam, Jean, 1998, "Une culture sans qualités: Autour d'*Europe, la voie romaine*" (de R. Brague), in *Annales de Philosophie de l'Université Saint Joseph*, Beyrouth, S. 107-120.
- Clam, Jean, 2003, *Sciences du sens. Perspectives théoriques*, Ms. im editorischen Prozess.
- Clam, Jean, 2004a, *Trajectoires de l'immatériel. Contributions à une théorie de la valeur et de sa dématérialisation*, Paris CNRS-Editions.
- Clam, Jean, 2004b, "Umweltlose Weltgesellschaft. Zur Kreisschließung von Recht und Raum", erscheint in *Rechtsgeschichte* 5/2004.
- Durkheim, Emile, 1960, *Les formes élémentaires de la vie religieuse*, Paris Presses Universitaires de France.
- Forrester, Viviane, 1996, *L'horreur économique*, Paris Fayard.
- Gilson, Etienne, 1952, *Jean Duns Scot. Introduction à ses positions fondamentales*, Paris Vrin.
- Heidegger, Martin, 2004, *Zu Ernst Jünger*, Frankfurt/Main Klostermann.
- Hoeres, Walter, *Der Wille als reine Vollkommenheit nach Duns Scotus*, München 1962 Pustet.
- Jünger, Ernst, 1958, *Über die Linie*, Stuttgart Klett-Cotta.
- Kant, Immanuel, 1956, *Die Metaphysik der Sitten*; I. *Rechtslehre*; (A 1797, B 1798), ed. Weischedel, W., Darmstadt Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Kant, Immanuel, 1965, *Verkündigung des nahen Abschlusses eines Traktats zum ewigen Friedens in der Philosophie* (1796), in Kant, I., *Ausgewählte kleine Schriften*, Hamburg Felix Meiner.
- Luhmann, Niklas, 1986, *Grundrechte als Institution: Ein Beitrag zur politischen Soziologie*, Berlin Duncker und Humblot (2. Aufl.).
- Luhmann, Niklas, 1975, *Macht*, Stuttgart Enke.
- Luhmann, Niklas, 1995, *Soziologische Aufklärung 6*, Opladen Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, Niklas, 1964, *Funktionen und Folgen formaler Organisationen*, Berlin Duncker Humblot.
- Luhmann, Niklas, 1988, *Die Wirtschaft der Gesellschaft*, Frankfurt Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas, 1990, *Die Wissenschaft der Gesellschaft*, Frankfurt Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas, 1993, *Das Recht der Gesellschaft*, Frankfurt Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas, 1995, *Die Kunst der Gesellschaft*, Frankfurt Suhrkamp.
- Mann, Michel, 1986 / 1993, *The Sources of Social Power* (Vol. I. A History of Power from the Beginning to A.D. 1760 / Vol. II The Rise of Classes and Nation-States 1760-1914, Cambridge 1986 / 1993), Cambridge University Press.
- Scheler, Max, 1926, *Die Wissensformen und die Gesellschaft. Probleme einer Soziologie des Wissens*, Leipzig Der Neue Geist Verlag.
- Scotus, Duns, 1639, *In XII libros Metaphysicorum Aristotelis Expositio*, Tome IV éd. de Lyon.

Spengler, Oswald, 1923, *Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte*, München Beck.

Teubner, Gunther, ed., 2000, *Die Rückgabe des zwölften Kamels. Niklas Luhmann in der Diskussion über Gerechtigkeit*, Stuttgart Lucius & Lucius.

Thornhill, Chris, 2003, Niklas Luhmann's Political Theory: Non-Metaphysical Politics, Ms. Onati Tagung Sept. 2003: The Legal and Political Sociology of Niklas Luhmann.

Verschraegen, Gert, 2003, Systems Theory and the Paradox of Human Rights, Ms. Onati Tagung Sept. 2003: The Legal and Political Sociology of Niklas Luhmann.

Weber, Max, 1980, *Gesammelte politische Schriften*, Tübingen Mohr (4. Auflage).